

Weckenbrock, Christoph:
**Schwarz-grüne Koalitionen in
 Deutschland. Erfahrungswerte
 aus Kommunen und Ländern
 und Perspektiven für den Bund.**
 Baden-Baden: Nomos Verlag
 2017, 934 Seiten, € 169,00.



Die Zahl der theoretisch möglichen und in der Praxis umgesetzten Regierungsbündnisse ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen. Eine Dominanz schwarz-gelber Koalition einerseits oder rot-grüner Bündnisse andererseits ist auf allen Ebenen des politischen Systems nicht zu erkennen und zu erwarten. Stattdessen hat sich eine Fülle neuer Zusammenschlüsse mit zwei oder drei Partnern ausgebreitet. Auch Koalitionen der Unionsparteien mit den Grünen gehören heute zu den denkbaren und praktizierten Varianten. Ist Schwarz-Grün deshalb eine Kombination, der die Zukunft gehört?

Die aus einer Bonner Dissertation hervorgegangene Publikation von Christoph Weckenbrock versucht, diese Frage systematisch zu beantworten und liefert eine Fülle detaillierter Analysen und intelligenter Interpretationen. Man kann sich sicher nicht darüber beklagen, dass der Autor auf 934 Seiten mit 3371 Anmerkungen zu wenig Material verarbeitet hätte. Aber das Buch ist keineswegs eine Textwüste mit Materialengräbern. Nach einem ausführlichen Teil zu Forschungsstand und Methodik analysiert der Autor ausführlich mehrere Fallbeispiele über schwarz-grüne Bündnisse in Kommunen. Dabei werden neben anderen Quellen zahlrei-

che Interviews mit beteiligten Akteuren geführt, die die Entscheidungsfindung beleuchten. Auf der Basis dieser Fallstudien unternimmt der Autor den Versuch, die Faktoren, die zu den Bündnissen geführt haben, systematisch zusammen zu fassen (S. 414 ff.). So macht er als wichtige Faktoren für schwarz-grüne Bündnisse eine arithmetische oder politische Alternativlosigkeit, eine rot-grüne Entfremdung und vertrauensvolle persönliche Beziehungen zwischen den Parteiliten sowie das Vorhandensein von Integrationsfiguren aus (S. 447). Anschließend folgen zwei ebenso ausführliche Kapitel über Schwarz-Grün in den Ländern am Beispiel von Hamburg (2008-2010) und dem Saarland, wo von 2009 bis 2012 eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen regierte. Auch hier wird ebenso akribisch wie kritisch analysiert, wo die Chancen und die Probleme dieser Koalitionen lagen – schließlich scheiterten beide Bündnisse relativ bald und im Saarland mutierte der „Jamaika-Ruhm“ zum „Fluch der Karibik“ (S. 580). Beide Fälle werden ebenfalls systematisiert, wobei jeweils die Landesspezifika die dominanteren Faktoren zu sein scheinen.

Schließlich folgt eine ausführliche Diskussion der Chancen von Schwarz-Grün im Bund. Auch hier werden die relevanten Akteure einer kundigen Analyse unterzogen und ein mögliches Bündnis aus den Augen sowohl der Union wie der Grünen betrachtet. Dabei wird deutlich, wie sehr beide immer noch auseinander liegen. Dies wird auch durch die Analyse der Wählerschaft und deren Präferenzen (nicht zuletzt bezogen auf die Koalitionen) unterstrichen. Noch größer scheinen die Differenzen bei den jeweiligen Mitgliedern zu sein. In der Programmatik

überwiegen die Politikfelder mit mittlerem oder hohem Konfliktpotenzial (S. 835 ff.).

Die Studie endet mit 14 Thesen zu Schwarz-Grün im Bund. Dabei klingt eine gewisse Skepsis durch: So oder so würde eine solche Koalition für beide Partner eine Koalition zweiter Wahl sein – wenn die Arithmetik gar nichts anderes zulässt. Dazu wäre eine Änderung der strategischen Ausrichtung wie der programmatischen Entwicklung der Grünen erforderlich – dies bei unklarer Unterstützung der Mitgliedschaft. Für die Union würde, so der Autor, nur die „Integrationsfigur Merkel“ (S. 885) eine solche Koalition ermöglichen, was im Lauf einer solchen Koalitionsregierung immer mehr zum Risiko für die Union werden könne. Aber vor allem die CSU würde sich einem solchen Bündnis widersetzen, da sie im Jahr 2018 keinen Landtagswahlkampf in Bayern als Regierungspartei in Berlin mit den Grünen führen könne. Alles in allem waren die Voraussetzungen für ein solches Bündnis, so Weckenbrock, noch nie so gut wie heute. Aber zugleich gelte immer noch, dass Schwarz-Grün auf Bundesebene ein Experiment mit ungewissem Ausgang wäre. Aber haben sich die Unionsparteien jemals bei der Regierungsbildung zu hochriskanten politischen Experimenten hinreißen lassen?

**DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**



**Von Bredow, Wilfried: Die
Geschichte der Bundeswehr.
Berlin: Palm-Verlag 2017,
160 Seiten, € 29,95.**

Dem ersten Eindruck nach handelt es sich um ein Bilderbuch für Erwachsene. Das ist es auch, in fast schon bibliophiler Ausstattung. Aber der Inhalt ist solide und informationsreich, von einem Professor der Politologie verfasst, der schon diverse anerkannte Publikationen zur Bundeswehr und zu sicherheitspolitischen Themen vorgelegt hat. Vier Hauptpunkte werden in jeweiliger Untergliederung behandelt: Militär als Sicherheitsinstrument (west-)deutscher Politik, Einpassung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft, multinationale Einrahmung der Bundeswehr seit ihrer Gründung sowie permanente, auch heute noch laufende Organisationsreformen. Die Stichworte „Innere Führung“ und „Staatsbürger in Uniform“ finden breiten Raum, da die Bundeswehr sich durch die Projekte, die hinter diesen Stichworten stehen, von ihren Vorgängerinnen, der Wehrmacht, der Reichswehr in der Weimarer Republik, und auch von den Armeen des wilhelminischen Kaiserreichs, unterscheiden will. Missverständlich ist die Formulierung, die Reichswehr habe sich als „Reichsverweser“ verstanden. Denn dieser Ausdruck bezeichnet Statthalterschaft in Abwesenheit des Monarchen, während die Reichswehr nicht auf eine monarchistische Restauration festzulegen war.